

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungslite Nr. 3101

Der Ausfall der Reichstagswahlen. — Eine soziale Tat des Münchberger Mathausfreisinn. — Beamtenwillkür in Kolmar. — Mißstände auf dem Ludwigsbahner städtischen Gaswerk. — Geschäftsbericht der Filiale München, 4. Quartal 1906. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Anzeigen.

Der Ausfall der Reichstagswahlen

Hat uns und wohl so manchem unserer Kollegen eine arge Enttäuschung gebracht. Besonders diejenigen, welche seit Jahren politisch organisiert und im jetzigen Wahlkampf aktiv eingriffen, dürften das Gefühl nicht los werden: Wir haben diese Schlapp nicht erwartet.

Und in der Tat deuteten die trügerischen Anzeichen auf alles andere als auf eine Niederlage bzw. Stillstand der sozialdemokratischen Werbekraft. Die in Mannheim erneuerte Kampfgemeinschaft von Partei und Gewerkschaft und die Anti-gewerkschaftsvorlage waren erhebliche Agitationsmittel zu unserm Gunsten. Ueberhaupt nahmen die seit der letzten Reichstagswahl immens gewachsenen Gewerkschaftsorganisationen energischer Stellung für die Sozialdemokratie denn je, was sich schon aus Gründen der Notwehr völlig rechtfertigte. Dazu die eingetretene Voll- und Lebensmittel-Wucherpolitik seitens der Regierung und der bürgerlichen Parteien, welche die oftmals durch Kollisionskämpfe mühsam errungene Position der Gewerkschaften wieder zunichte machte. Wer konnte da „zufrieden“ sein?

Diesem und vielem anderen Agitationsstoff standen nur gegenüber die „Notwendigkeit unserer Kolonien“ und die „nationale Ehre“.

Die Arbeiterpresse und besonders auch die Gewerkschafts-presse hat diese labenscheinigen Wahlparolen hinlänglich aufgedeckt, hat den Nachweis geführt, daß gegen 1½ Milliarden in den Wäutensand verpulvert sind ohne greifbare Vorteile für das Deutsche Reich. Daß mit der „nationalen Ehre“ — die, nebenbei bemerkt, von der Sozialdemokratie besser gewahrt wird denn von irgend einer Partei — kein Fund hinterm Backofen hervorzuholen sei, war unserer aller feste Meinung. Und nun dies Resultat?

Die vielen glänzenden Wahlversammlungen, welche die Sozialdemokratie veranstalten konnte, der Aufschwung der Arbeiterpresse kurz vor der Wahl und das Anwachsen der Parteiorganisationen waren schließlich noch fast unzweideutige Zeichen des Sieges der Arbeiterpartei.

Aber wir waren unseres Sieges zu sicher! Wir hatten nicht mit den Zehntausenden gerechnet, die nie, nie irgend welche politische Aufklärung empfangen hatten und bei denen nun die Verkündigungen unserer Gegner und schließlich nicht zuletzt des „Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ bis zu einem gewissen Grade wirkten.

Die wenigen Wochen unserer Gegenagitation vermochten kaum all den Schwund aufzudecken, der von jener Seite produziert wurde.

Dazu kam, und das dürfte das Entscheidende gewesen sein, eine erheblich stärkere Beteiligung bei der Wahl, vorwiegend aus Kreisen der sogenannten Nichtwähler, d. h. solcher, die zwar keine feste politische Ueberzeugung besitzen, aber in keinem Fall einem Sozialdemokraten ihre Stimme geben. Das „honette Bürgertum“ trat in Scharen an die Wahlurne und — Leipzig Stadt und manche Kreise Berlins beweisen es — stimmte geschlossen für den bürgerlichen Weihnachtskandidaten oder den Freisinnigen.

Damit ist die Situation gekennzeichnet. In wenigen Tagen, am 5. Februar, werden die Stichwahlen vollzogen werden. In Bremen und einigen anderen Wahlkreisen schon früher.

Der sozialdemokratische Parteivorstand schreibt hierüber das Folgende:

„Vor allem handelt es sich darum, bei für uns aussichtsreichen Stichwahlen alles aufzubieten, um durch Heranziehung unserer Reserven und durch Anwendung härtester Agitation den Sieg zu erringen.“

Alle Kräfte müssen aufgeboten werden, um in diesen Kreisen die eroberten Siege im Reichstage zu vermehren!

Bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien empfehlen wir, nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

1. Unter keinen Umständen dürfen Konserbative, Reichspartei, Bund der Landwirte, Antisemiten und Nationalliberale eine sozialdemokratische Stimme bei den Stichwahlen erhalten.
Für die anderen Parteien empfehlen wir folgende Stellungnahme unserer Genossen:

Voraussetzung für die Unterstützung einer dieser Parteien bei den Stichwahlen muß die Verpflichtung des Kandidaten sein, daß er

1. gegen jede Verschlechterung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts stimmen wird;

2. daß er jeden Versuch, das Koalitionsrecht einzuschränken, unbedingt zurückweisen wird;
3. daß er sich gegen jedes wie immer geartete Ausnahmegesetz erklären wird.

Nachdem diese Erklärungen abgegeben sind, empfehlen wir den Kreiswahlkomitees die Entscheidung, ob ein solcher Gegner bei der Stichwahl sozialdemokratische Unterstützung finden soll, unter der Würdigung der Persönlichkeit des Gegners zu treffen. Unter keinen Umständen aber darf einem Kandidaten eine sozialdemokratische Stimme zufallen, der die aufgestellten Bedingungen nicht akzeptiert.“

Wir können uns dieser Stichwahlparole nur anschließen und empfehlen allen Kollegen, soweit sie für die Stichwahlen in Frage kommen, alle ihre Kräfte anzuspannen, um in den Kreisen, wo Sozialdemokraten in Stichwahl stehen, die Scharte nach Möglichkeit auszuweihen.

Wo das ganze Bürgertum zulauf steht, da dürfen wir nicht lässig sein! Jeder ein Agitator, jeder ein Wähler für die Sozialdemokratie!

Eine soziale Tat des Nürnberger Rathausfreilins.

Die städtischen Arbeiter Nürnbergs dürfen mit vollem Recht sagen, daß sie im Verhältnis zu den Gemeindegewerkschaften anderer Städte zu den schlechtestgestellten zu rechnen sind. Daraus resultieren auch die vielen Eingaben, welche von den Beschäftigten der einzelnen Ressorts ständig dem Magistrat unterbreitet werden und die in den Sitzungen des Gemeindefreilins im Dezember zur Verhandlung standen. Leider sind auch diesmal die Erwartungen, welche man allseits glauben stellen zu dürfen, ausgeblieben. Eine Verbesserung ist mit Ausnahme der Gasarbeiter (Feuerhausarbeiter) nicht erfolgt und auch hier ist noch manche Verbesserung notwendig. Wir werden dies weiter unten ausführlicher begründen.

Das Hauptaugenmerk hat man auf die Regelung der Bezahlung der Nebenstunden- und Nachtarbeit gelegt. Die bewilligten Zuschläge belaufen sich auf 25 resp. 50 Proz. Freilich hat man den Ausführungsbestimmungen noch gleichzeitig angeordnet, daß solche Sonntags- resp. Nebenstundenarbeit soweit wie möglich eingeschränkt wird. Auch wir sind mit dieser Verfügung einverstanden; wir verlangen Verkürzung der Arbeitszeit bis aufs Minimum, müssen jedoch zu diesen Bestimmungen trotz alledem ein kleines Wort reden. Angesichts der erbärmlich niedrigen Löhne, welche die Stadt Nürnberg ihren Arbeitern zahlt — Anfangslöhne von 2,50 Mk. sind noch an der Tagesordnung —, herrsche bei allen Arbeitern immer das Bestreben, durch einige Nebenstunden ihren Lohn etwas zu erhöhen. Wenn man von seiten der Stadtverwaltung nicht dazu kommt, angemessene Löhne zu bezahlen, so bleibt den Leuten nichts weiter übrig. Bei größerer Familie müssen sogar noch die Ehegatten Hand mit anlegen, um den Lebensunterhalt der Familie zu beschaffen. Um so wunderlicher erschienen daher den Arbeitern die neuen Verordnungen. Anstatt Mehrverdienst — weniger. So wurde z. B. früher den Arbeitern der Straßeneinigung für drei Stunden Sonntagsarbeit ein halber Tag vergütet. Nach den neuen Beschlüssen erhalten sie 50 Proz. Zuschlag. Damit ist allerdings eine Ersparnis für den Stadtsäckel gemacht. Ob dieses in der Absicht des Gemeindefreilins lag, da doch nur eine Schlechterstellung erreicht ist? Wir glauben nein! Auch dürfte danach sich die Gesamtsumme der bewilligten Gelder, welche sich insgesamt auf zirka 500000 Mk. belaufen soll, wohl nicht erreichen werden. Aber auch die Vorgänge in anderen städtischen Betrieben geben zu gleicher Gelegenheit Anlaß. So wurde z. B. bei der Straßenbahn vor zwei Wochen den Nachtarbeitern der Lohnzuschlag von 25 Proz. plötzlich entzogen, indem man erklärte, laut Verfügung sei die Mehrbezahlung der Nachtarbeit nicht gestattet. Diesen Arbeitern ist somit eine Kürzung ihres Lohnes von 4 Mk. bis 5 Mk. pro Woche festsetzt worden. Es wurde freilich von einigen Beamten erklärt, es müsse hier ein *Rectum* vorliegen, dessen Abstellung man umgehend veranlassen werde. Hierdurch ist bewiesen, daß die magistratischen Ausführungsbestimmungen an Arbeit recht viel zu wünschen übrig lassen. Gleiche Klagen werden uns aus allen anderen Betrieben übermittelt. Ein weiterer Fall betrifft die Grubenentleerung. Hier ist von dem Leiter des betreffenden Ressorts vor kurzem den Beschäftigten eine Nachricht geworden, welche manchem ziemlich beverrend erscheinen mag. Für einen Teil dieser Arbeiter ist zeitweilig sogenannte Früharbeit zu leisten. Zu diesem Zwecke müssen sie mit Rücksicht auf den hindernden Straßenverkehr morgens um 1 Uhr die Arbeit antreten. Sie erhalten nun die Zeit bis 5 Uhr morgens mit dem bewilligten Zuschlag bezahlt. Hingegen soll für die Zeit von 5 bis 6 Uhr ein Zuschlag nicht erfolgen. Der Betriebsleiter erklärte nämlich, daß für die Grubenentleerung der elfstündige Arbeitstag bestünde, eine Offenbarung, welche den Beschäftigten wohl nicht bekannt ist. Da man bisher gerade in diesem Betriebe nach recht eigenartigen Maximen handelte — eine geregelte Arbeitszeit bestand in Wirklichkeit nicht, da Nebenstunden überhaupt nicht vergütet wurden —, so glaubt man wohl den Arbeitern auf diese Weise etwas abzugewinnen. Wir denken, dieser Betrieb gestaltet sich zu einem ganz annehmbaren. Während der Hauswirt erstmalig für die Abholung der Fäkalien an die Stadt Zahlung leisten muß, wird in zweiter Linie der Dung wieder verkauft. Unzweifelhaft ein einträgliches Geschäft für die Stadtverwaltung. Wir wollen aber nicht vergessen zu erwähnen, daß auch die Angestellten etwas vom Nebenlohn erhalten, und zwar durch Vergütung der Nebenstunden. Wie groß jedoch die hier in Frage kommende Summe ist, sei an nachfolgendem Beispiel erläutert. Ein Arbeiter hatte sieben Stunden länger gearbeitet und erhielt am Wochenschluß an „Nebenlohn“ die Summe von 1,00 Mk., somit 22,86 Pf. pro Stunde, hierfür vergütet. Wenn aber eine allgemeine Regelung der Nebenstunden durch die neuen Beschlüsse beabsichtigt ist, so müßte man auch diesen Arbeitern das gleiche wie den übrigen gewähren (25 Proz. Zuschlag zum Stundenlohn) und dieses Nebenlohn „entziehen“ abschaffen. Hoffentlich wird eine Regelung nicht allzulange auf sich warten lassen.

Die Neuregelung der Arbeitszeit an den Sonntagen sowie an den Vorabenden hoher Feste hat ja in beiderseitiger Weise seine Erledigung gefunden. Wir müssen aber dabei bemerken, daß nicht etwa Nürnberg hierin an der Spitze marschiert, sondern in allerer Linie eine große Anzahl deutscher Städte sowie Privatbetriebe seit langer Zeit bereits verfahren.

Ein weiterer Beschluß der städtischen Kollegien betrifft die Regelung der Vorortszulagen. An und für sich dürfte hiergegen nichts einzuwenden sein, nur wäre eine nähere Klarlegung mancher Bestimmungen zweifellos den Arbeitern sehr erwünscht.

Es heißt da: „Denjenigen städtischen Arbeitern, welche ausnahmsweise und vorübergehend an einer anderen als ihrer gewöhnlichen Arbeitsstätte in den äußeren Vororten des Stadtbezirktes beschäftigt sind, soll usw.“ Der Begriff ausnahmsweise resp. vorübergehend ist unserer Ansicht nach ein ziemlich dehnbarer. umsonst, da in einem weiteren Passus es dem Betriebsleiter bzw. seinem an der Arbeitsstätte die Aufsicht führenden Stellvertreter in die Hand gegeben wird, auf Grund der Entfernung von der Wohnung des Arbeiters bis zur Arbeitsstätte bestimmen zu können, ob die Vorortszulage gegeben werden soll oder nicht. Daß hierdurch oftmals Entscheidungen gefällt werden können, welche zu Klagen Anlaß geben würden, darf uns so weit wie wir die Stellung der unteren Beamten usw. zu den Arbeitern kennen, nicht Wunder nehmen.

Wie wir bereits oben anführten, ist der größte Fortschritt für die städtischen Arbeiter in der Einführung des achtstündigen Schichtwechsels für die Feuerhausarbeiter des Gaswerks zu sehen. So weit wie wir jedoch bis dato unterrichtet sind, gibt es noch manches, was einer besseren Regelung bedarf. Es wurde uns z. B. unterbreitet, daß man versucht, die einzelnen Schichten in übermäßig langer Zeit zu beschäftigen, ohne eine Ruhepause zu gewähren. Wer die Arbeit in diesen Betrieben genau kennt, wird zugedenken müssen, daß bei der intensiven Hitze in den Feuerhäusern eine öftere Unterbrechung stattfinden muß, wenn man nicht Leben und Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel setzen will. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß die Direktion eine bessere Regelung der Pausen baldigst in die Wege leitet, um die neue Arbeitsmethode zu dem zu gestalten, was sie sein soll, eine Arbeits-erleichterung.

Die in den weiteren Eingaben enthaltenen Wünsche der Arbeiter fanden nicht alle die Genehmigung des Kollegiums. Einige kleine Verbesserungen wurden ja inwiefern eingeführt, jedoch ein großer Teil der einzelnen Forderungen kurzer Hand abgelehnt. Auf diese Spezialforderungen werden wir im Laufe der nächsten Zeit des näheren eingehen. Nur eines sei noch kurz erwähnt: Es betrifft die Gewährung der Feuerungszulagen. Hier scheint man nach einem besonderen System zu verfahren. Während man in den meisten Städten die Auszahlung solcher Feuerungszulagen auf ein- resp. zweimal vornahm, wird in Nürnberg dieselbe alle Vierteljahre ausgezahlt. Sollte man eine Lohnerböhung und zwar in Höhe von vielleicht 1 Fig. pro Stunde eingetreten sein, so ist eine Weiterzahlung dieser Feuerungszulagen für das betreffende Jahr ausgeschlossen. Auch bringt man nur den bis zum Eintritt der Lohnerböhung in Frage stehenden Betrag in Anrechnung; jeder Rest mehr wird in Abzug gebracht. Die deutschen Stadtgemeinden haben in großer Zahl den Arbeitern außer einer Feuerungszulage allgemeine Lohnaufbesserungen zuzulassen. Man sah sich hierzu veranlaßt, weil angesichts der Steigerung der sämtlichen Bedarfsartikel dem städtischen Arbeiter die Möglichkeit genommen war, seine Familie zu ernähren. In Nürnberg scheint man auch wohl dieses eingesehen zu haben, nur versucht man mit einer jährlichen Feuerungszulage von 50 Mk. nach außen hin Effekt machen zu wollen, während mander Arbeiter diese Summe durch die eigenartigen Bestimmungen überhaupt nicht erhält. Es scheint aber auch sonst bei dem Magistrat die Ansicht zu herrschen, daß es dem städtischen Arbeiter nicht schlecht geht. Die geringe Entlohnung während der Winterzeit, wo nur neun Stunden bezahlt werden, gibt zu der Annahme Anlaß, daß man bei den Stadtvätern der Ansicht ist, im Winter seien die Bedürfnisse der Menschen geringere wie im Sommer. Es ist jedoch das Gegenteil konstatiert und so wäre es auch wohl höchste Pflicht der Nürnberger Stadtverwaltung, diese Angelegenheit einmal einer näheren Behandlung zu unterziehen. Immerhin wird es ja noch geraumer Zeit bedürfen, bis Nürnberg unserm Motto: „Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein“, Geltung verschafft.

Ein wesentliches Einverständnis, welches nicht unbeachtet bleiben darf, ist jedoch die anfängliche einer Petition der Straßenbahner erfolgte Antwort. Es wird dort unter anderem gesagt:

„Festgestellt ist jedoch, daß zahlreiche Arbeiter der Straßenbahn eine Entlohnung haben, welche an sich und im Vergleich mit den Löhnen völlig gleichwertiger Arbeiter im Elektrizitätswerk und in anderen städtischen Betrieben sowie in Privatunternehmen, dann mit Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage nicht mehr als voll entsprechend bezeichnet werden kann.“

Wir bezweifeln nicht die Richtigkeit dieses Ausdrucks, müssen vielmehr darauf hinweisen, daß das hier Gesagte ohne Ausnahme auf alle anderen Betriebe in gleicher Weise zutrifft. Eine allgemeine Erhöhung des Lohnminimums wäre gerade in Nürnberg in erster Linie am Platze. In der Weise, wie bisher diese Erhöhungen erfolgen, werden sie die Zustimmung der Arbeiter niemals erhalten. Man möge auch hier ganze Arbeit machen und durch einen Umbau der gesamten Lohn- und Arbeitsbedingungen in Gestalt eines allgemeinen Arbeitsstatuts für die städtischen Arbeiter Nürnbergs bessere Verhältnisse schaffen.

Beamtenwillkür in Kolmar.

Am 12. Oktober v. J. wurde hier, wie seinerzeit gemeldet, eine Arbeitsordnung mit Lohnklassen beschlossen, wodurch die vorher bestehende geradezu traurigen Löhne etwas erhöht wurden.

Dass nun die Durchführung dieser Arbeitsordnung bei den Betriebsvorständen auf Schwierigkeiten stoßen würde, war von vornherein klar, denn bis jetzt hatten die Herren Vertsch, Wilger, Zohner und Monforten als unumschränkte Herrscher in ihrem Reich regiert und oftmals willkürlich den Lohn jedes einzelnen festgesetzt. Daß jedoch diese Herren in ihrem fanatischen Haß gegen jede Verbesserung der Arbeiterverhältnisse die gefassten Beschlüsse des Gemeinderates so mißachten würden und mißachten dürfen, wie es tatsächlich der Fall ist, hätten wir denn doch nicht geglaubt.

Eine ganze Reihe Arbeiter, die jahrelang im Betrieb sind und tatsächlich in die 3. Lohnklasse gehören, wurden der 4. Lohnklasse zugewiesen, jedenfalls, weil sie es nicht verstanden haben, sich die Günstigkeit ihrer Vorgesetzten zu erbetteln. Gemeinderatsbeschluss hin oder her: Die Günstigkeit der Herren Vertsch, Wilger, Zohner muß ein Arbeiter haben, wenn er auf seinen ihm zustehenden Lohn kommen will. Erklärte doch Herr Vertsch kürzlich selbst, daß er jetzt noch mehr Macht habe, als wie vorher! Einen kräftigeren Vorkämpfer hätten wir als Organisation und „professionelle Weber“ der Gemeindeverwaltung nicht verabreichen können, als es durch diese Mißachtung geschehen ist. Wir waren bisher immer der Meinung, der Gemeinderat habe die Arbeitsordnung beschlossen, um zu zeigen, daß er selbst endlich die Verhältnisse der städtischen Arbeiter pflichtgemäß regelt. Herr Vertsch aber lechzt uns, daß dies nur geschehen ist, damit er mehr Macht bekommt.

Mit der Feiertagsbezahlung steht es nicht besser. Die Stadtverwaltung, d. h. die Herren Wumenthal, Cohnmann, Stiener verkünden pomphaft in der Begründung zu § 3 der Arbeitsordnungsverordnung, daß sie die Forderung des Gemeindearbeiterverbandes, die Arbeiter nach einer vierteljährlichen Probezeit „ständig“ anzustellen, ablehnen, weil sie, man höre und staune über ihren Großmut, die Verbesserungen der Arbeitsordnung allen Arbeitern zugute kommen lassen wollten. In § 32 schließt man dann die vorübergehend Beschäftigten wieder aus davon und überläßt es den Betriebsvorständen, wen sie als dauernd beschäftigt betrachten wollen. Diese natürlich, schlau wie sie sind, begreifen den Witz mit dem Jaunpfahl und rangieren mit wahrer Freude jahrelang Beschäftigte als „unständig“ ein, wodurch dieselben von der Feiertagsbezahlung, Urlaub usw. ausgeschlossen werden. Daß nun trotz der famosen Begründung der Begriff „ständig“ im Schwung ist, geniert die Herren weiter nicht. Wahrhaftig, das ist ein Doppelspiel, wie es nur ein geübter Jurist und „unentwegter Demokrat“ fertig bringt.

Die ganze Vorlage trägt den Stempel der auswärtig entlehnten Sozialpolitik an der Stirne. Um selbstständig etwas Musterständiges zu schaffen, reichte die sozialpolitische Weisheit unserer Rathsberrchen nicht aus. Aber wie die anderwärts geltenden guten Bestimmungen verschlechtert werden, wie man sich ein sozialpolitisches Mäntelchen umhängt und doch das Geld dafür im Saal behält, wie man sich billig als Arbeiterfreund und Sozialpolitiker aufspielen kann, das haben die Herren mit dem ihnen eigenen Juristenscharfsmut sofort herausgefunden.

Wie die Betriebsvorstände weiter hantieren, möge folgendes zeigen: Herr Vertsch läßt sämtliche Vorstrafen „seiner“ Arbeiter ermitteln, und wem er nicht gnädig ist, der soll, falls solche vorhanden sind, nicht angestellt werden. Namentlich auf den Arbeiter L., der seit zwei Jahren beschäftigt ist, ohne Strafe im Dienst, auch bereits einmahl Jahre als selbstständiger Arbeiter und Grubenbesenmacher tätig war, ist es abgesehen. Der Mann hat als Soldat eine Festungsstrafe erlitten, ebenso hat er sich als lediger Purche nicht immer gutwillig das Fell geben lassen, jedoch ist er seit seiner Verheiratung ein sorglicher Ehemann geworden und wie gesagt, als städtischer Arbeiter ohne Strafe. Tut nichts! Er wird einfach nichtständig, wird um 20 Pf. pro Tag im Lohn zurückgesetzt und erhält auch die Feiertage nicht bezahlt. Seine Kinder sollen Hunger leiden, warum haben sie auch einen Vater, der als ledig bestraft wurde. Und das geschieht im Reich des „Demokraten“ Wumenthal heute, heute, wo noch ganz Deutschland widerhallt von der Entrüstung über unsere famose Fürsorge für entlassene Sträflinge, die den Schöpfer Boigt zu seinem Höpfnicker Streich getrieben hat.

Die dergestalt zu Arbeitern zweiter Güte Herabgedrückten, von denen das zweite Arbeitsquantum verlangt wird und die sich glücklicherweise in einer besseren Körperbeschaffenheit befinden, wie der wegen Demunziersens von Mollagen aus der Organisation ausgeschlossene Vorarbeiter D.), wandten sich beschwerdeführend an den Gemeinderat. Das Resultat ist, daß sechs Mann von Herrn Vertsch die Entlassung angeordnet wurde! Eine sehr praktische Art, Beschwerden zu beseitigen! Ob aber das gewünschte Resultat, die Unterdrückung von Beschwerden, dadurch erreicht wird, möchten wir bezweifeln.

Wie energisch übrigens das Bürgermeisteramt die Leitung der Geschäfte in Händen hat, beweist die Tatsache, daß vom Gemeinderat im Tarif 5 Lohnklassen beschlossen worden sind. Herr

Vertsch aber macht flugs eine weitere, indem er die Klasse 4 in eine Klasse 4a und 4b einteilt, um ja die Verrechtigung verschiedener Arbeiter, in die 3. Klasse zu kommen, nicht anerkennen zu müssen. Daß dies mit Wissen des Gemeinderats geschieht, bezweifeln wir.

In der Arbeitsordnung sind Schmutzlagen vorgesehen, ebenso Zuschläge für Heberzeit- und Nacharbeit usw. Eingehalten werden diese Bestimmungen auf dem Bauamt so wenig wie im Gas- und Elektrizitätswerk. In letzterem, dem „Königreich Zohner“, sind eine ganze Reihe von Beschwerden. Z. B.: Die Einteilung des Heizdienstes, zu dem ungezählte Leute „eingeleert“ werden, und die so vorzüglich ist, daß Messeldefekte mit 1200—1300 Mark Reparaturkosten entstehen; die Abänderung des Dienstplatzes für die Laternenanzünder; das Straffsystem bei den Straßenbahnern; die Vermehrung des Aufsichtspersonals im Elektrizitätswerk, wo von sechs Maschinenisten ein Landsmann des Herrn Zohner zum Obermaschinenisten befördert und in Lohnklasse A eingereiht wird, so daß für die übrigen fünf ein Maschinenmeister und zwei Obermaschinenisten vorhanden sind. Dann das Wagenwaschen bei Nacht in ungeheizter Halle (im Bühnerstall ist elektrische Dampfheizung eingerichtet, die sehr gut funktioniert!), zu dem Arbeiter mit vier- bis fünfjähriger Dienstadt verwendet werden, während frisch eingetretene zum Fahrdienst kommen.

Wir wollen für heute davon absehen, all diese Dinge ausführlich zu erörtern, da dieselben dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt sind. Wir kommen auf den „Musterbetrieb“ und manches andere wohl in einem späteren Kapitel zurück. Eins aber möchten wir der Stadtverwaltung heute schon empfehlen: Entweder Herrn Zohner einen Band „Anigges Umgang mit Menschen“ anschaffen oder denselben seinen „Entbehrungslohn“ noch um einige Tausend Mark zu erhöhen, damit er nicht mehr auf Auswärtsarbeit angewiesen ist. Vielleicht legt sich dann sein reizbarer Zustand etwas und er vertehrt mit seinem Personal anfänglich, nicht wie es bis jetzt der Fall ist, daß ein Untergebener, sei er Maschinenmeister, Oberkontrolleur oder Tagelöhner, wegen der geringsten Kleinigkeit angebrüllt wird. Da wir übrigens im Gemeinderat einen Oberlandesgerichtsrat, Landesgerichtsrat, Seminarlehrer, Rechtsanwalt usw. haben, so dürfen wir gespannt sein, ob es diesen anerkannten Vertretern der Rechtswissenschaft gelingt, auch den städtischen Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Mißstände auf dem Ludwigshafener städtischen Gaswerk.

Geradezu ungläubliche Zustände herrschen im städtischen Gaswerk Ludwigshafen. In letzter Zeit hat die Gasproduktion derart abgenommen, daß nach Ansicht des Direktors Förtisch von einer Rentabilität unter diesen Verhältnissen gar keine Rede sein kann. Anstatt nun die Ursache dieser misslichen Erscheinung da zu suchen, wo sie liegt, nämlich in der technisch vollkommen verfehlten Leitung des Betriebes, macht Herr Förtisch die Arbeiterschaft dafür verantwortlich und behauptet, die Leute leisten zu wenig. Es ist eben leichter die Schuld auf die Arbeiter abzuwälzen, als technische Mängel und Fehler zu erkennen und diese abzustellen. Dem Stadtrat gegenüber wird dann seitens des Direktors eine große Tabelle über die Leistungen der Gasarbeiter in anderen Städten vorgelegt, deren Zahlen überhaupt nicht vom Stadtrat auf ihre Richtigkeit kontrolliert werden können, da bekanntlich die Betriebsrichtungen, auf die es in erster Linie ankommt, sehr verschieden sind. In dem Gaswerk Mannheim Lindenhof, das mit dem heiligen gleiche Einrichtungen hat, bedienen 4 Mann 3 Öfen und ziehen in 8 Stunden 54 Netorten, während in Ludwigshafen 3 Mann 3 Öfen bedienen und ebenfalls 54 Netorten in 8 Stunden zu ziehen haben, so daß also durchschnittlich in Ludwigshafen auf einen Mann 1 1/2 Netorten mehr entfallen pro Schicht als in Mannheim, ganz abgesehen von einigen Nebenarbeiten, welche in Ludwigshafen mehr zu leisten sind, als in Mannheim. Da nun auch infolge verfehlter Anordnungen in Ludwigshafen das Reinigen der Steigrohre über das gewöhnliche Maß hinaus notwendig ist, so sind die Leute kaum in der Lage, die Arbeit bewältigen zu können, die Leute sind derart überanstrengt, daß eine, selbst für Gaswerke ungewöhnlich hohe Zahl krank ist und ein größerer Teil in Gefahr steht, es zu werden.

Die wiederholten Anträge des Arbeiterausschusses um Vermehrung des Personalstandes hatten gar keine Wirkung, dagegen mußten die Leute bei dem furchtbaren Schneewetter an Weihnachten noch die Kohlen über den Hof weg herbeifahren, obwohl sie im Magazin ebenso gut hätten geholt werden können, ja der Gasmeister Gessus erlaubte sich sogar, die Leute bei durch die Arbeit an den heißen Öfen erhaltene Körper in das Wasser hinauszuwerfen, um den Brand geratener Mops abzulöschen, was gut auch hätte geschehen können, wenn die Leute etwas abgekühlt gewesen wären.

Trotz dieser Schikane verlangt Direktor Förtisch von seinen Meistern die schriftliche Erklärung, daß sie mit ihren jetzigen Arbeitern nicht weiter arbeiten könnten. Wir wissen nicht, inwieweit die Meister diesem Druck nachgeben, können aber kon-

statieren, daß Gasmeister Köller, dem vor einigen Tagen der Ofenhausbetrieb wieder übergeben wurde, ausdrücklich erklärt, daß die Arbeiter voll und ganz ihre Schuldigkeit tun und daß die geringe Ausbeute auf ganz andere Ursachen zurückzuführen sei, die er wohl imstande sei zu beseitigen — vorausgesetzt, daß ihm nicht etwa die Direktion ins Handwerk pfuscht! Tatsächlich ist aber auch die geringe Gasausbeute unter Herrn Köller schon erheblich gestiegen, trotz der Gegenminen des Gasmeisters Geins. Nun sollte man glauben, die Direktion freue sich darüber, aber weit gefehlt, jetzt macht man den Arbeitern den Vorwurf, warum habt ihr nicht auch bei Geins so gearbeitet? Also unter allen Umständen gegen die Arbeiter, auch wenn die offensichtliche Unfähigkeit anderer Leute die schlechten Ergebnisse verschuldet.

Die vom Stadtrat herausgegebenen Dienstvorschriften sind der Gaswerkleitung sehr unangenehm. Einem Arbeiter sollte man keine Prozente für Überstunden zahlen, weil er Schichtarbeiter sei, einem anderen sollte man sie nicht zahlen, weil er kein Schichtarbeiter sei. Beide konnten erst durch Beschwerde zu ihrem Recht kommen. Unter solcher Leitung fühlen sich die Arbeiter begreiflicherweise nicht wohl und so sind denn mehrere in der letzten Woche ausgetreten, darunter auch Heizer. Nun wollte Direktor Jörtsch einen dritten Heizer nicht mehr einstellen, sondern die beiden Heizer in zwei Schichten beschäftigen, was diese höflich ablehnten. Herr Jörtsch war dabei dann noch so schlau, den Leuten, die laut Dienstvorschrift 8 stündige Arbeitszeit haben, die Bezahlung von Überstunden erst von der neunten Stunde ab anzubieten. Von einem Arbeiter verlangte Jörtsch, er solle ihm Angaben über ein Wirtschaftsgespräch einiger anderen machen. Da der Mann sich nicht zu erinnern vermochte, erklärte Jörtsch, er werde ihn nicht mehr länger beschäftigen können, die Berufsangehörigkeit leide es nicht wegen seiner Vergesslichkeit. Dabei behaupten die Arbeiter, daß einige Unfälle, die passierten, gar nicht angemeldet wurden. Zwei Ausschußmitgliedern erklärte Jörtsch, wenn er wieder einen Gasmeister brauche, so stelle er Jörtsch, ihn ein, vom Stadtrat lasse er sich nicht mehr dreinreden. Da kann man sich nicht wundern, wenn auch die Bestimmungen des Stadtrats bezüglich der Lohnzulagen nicht richtig eingehalten werden. Um aber allem die Krone aufzusetzen, verlangte Jörtsch von dem stadträtlichen Ausschuss beauftragte Aufstellung eines abschreckenden Exempels gegenüber den Arbeitern die Entlassung des Arbeiterauschussesmitgliedes K., weil dieser die Arbeit verweigert habe und außerdem sich ungebührlich benehme.

Der Gasmeister Geins hatte nämlich von K. verlangt, ein Steigrohr oben zu öffnen und zu reinigen, während aus der Retorte der Rots ausgegossen wurde. Dieses Verlangen muß wegen der mit der Ausführung verbundenen Gesundheits- und Lebensgefahr als ein geradezu verrücktes bezeichnet werden. Es ist dies eine Zumutung, die man unter keinen Umständen an einen Arbeiter stellen darf, wenn man nicht Gesundheit und Leben desselben in geradezu freier und leichtsinniger Weise aus Spiel setzen will. Da nun nach Entleeren der Retorte die Sache sich leicht und gefahrlos ausführen läßt, so sagte K. in seiner Entrüstung: „Rein, die Rosten mache ich nicht“, und reinigte das Steigrohr erst nach Entleeren der Retorte. Es ist außerordentlich zu bedauern, daß die stadträtliche Kommission der Entlassung zustimmte, ohne dem Arbeiter überhaupt Gelegenheit zur Verteidigung zu geben. Da man aber fürchten mußte, daß bei plötzlicher Entlassung der Arbeiter am Gewerbeamt Klage erhoben würde, und auf diese Weise die Verhältnisse von Gerichtswegen festgesetzt werden würden, so zahlte man dem Arbeiter die 14 tägige Mündigkeitsfrist bei der Entlassung gleich aus. Da nun Jörtsch die Meister ersuchte, ihre Beschwerden gegen die Arbeiter einzureichen, so müssen die sämtlichen Arbeiter annehmen, daß es ihnen über kurz oder lang auch an den Kragen geht, und so verlangen sie, daß unter allen Umständen die Mündigkeit befristet werden und das völlig unschuldige Arbeiter-Ausschlußmitglied K. wieder eingestellt wird. Eine Kommission war bereits auf dem Bürgermeisterrat diesbezüglich vorstellig, hoffentlich bleibt der Erfolg nicht aus. Es wäre dies auch im Interesse der Stadt dringend zu wünschen, denn zweifellos dürfte der aus einem Konflikt mit den Gasarbeitern für die Stadt entstehende Schaden in finanzieller Beziehung ziemlich bedeutend sein.

Verdammenswert war das Verhalten des Direktors Jörtsch nach seinem „Zug“ über die Arbeiter im stadträtlichen Ausschuss. In der Nacht vom 18. bis 19. Januar kam er gleichzeitig mit dem tagsüber vom Feuerhausdienst entbundenen Gasmeister Geins etwa um 2 Uhr morgens ins Ofenhaus. Dort besahnte er die arbeitenden Leute und sagte zu zwei schon jahrelang im Gaswert arbeitenden Leuten, es würde nun auch mit ihnen schief ausfallen, er sei nicht mehr zufrieden, sie seien nicht mehr wie früher.

Die Folge der Degener war, daß ein Arbeiter in der Aufregung bei der Arbeit fiel und ein Bein brach. Zwei Leute trugen ihn später nach Hause. Ihnen rief der Direktor nach, sie möchten der Frau des Arbeiters Grüße ausrichten und sich das Jahrgeld für ihren Mann auszahlen lassen.

Dieser Gefühlsroßheit schließen sich würdig an die übrigen Geldentaten des Herrn Jörtsch, aber angeht es solcher Dinge fragt man sich doch unwillkürlich, ob ein solcher Mann fähig ist, den Posten, den er bekleidet, so auszufüllen, wie es von einem höheren Beamten einer sozialpolitisch vorgezeichneten Stadtverwaltung verlangt werden muß. Die Antwort kann nur vernennend lauten.

Daß Herr Jörtsch seine Liebe lieber anderweitig verschwendet, als daß er sie auf seine Arbeiter überträgt, ist begreiflich, daß sein sonstiges Verhalten aber auch nicht einwandfrei ist, geht aus folgender Notiz der „Bälgischen Post“ hervor:

Speyer, 11. Dezember. Anflug. In der Nacht von Samstag auf Sonntag fuhr Herr Jörtsch mittelst Automobil durch das Altpörtel nach der Hauptstraße und verübte dabei durch fortgesetztes Tuten einen derartigen Skandal, daß die Polizei genötigt war, einzuschreiten. Zur Namensangabe angefordert, verweigerten sie diese, in dem sie fortgesetzt skandalisierten und sich höchst ungebührlich benahmen. Sie fuhr dann unter Begleitung der Schutzmannschaft nach dem Polizeiwachstlokal, wo sie sich derartig benahmen, daß der wachhabende Beamte genötigt war, als sie die wiederholten Aufforderung zum Verlassen des Lokals keine Folge gaben, den einen mit Gewalt hinauszubefördern, während der andere es vorzog, selbst zu gehen. Sie suchten dann einen Arzt auf, um konsultieren zu lassen, ob der hinauspendierte keine Verletzungen davongetragen, was allerdings nicht der Fall war. Beide wurden wegen Hausfriedensbruch und Anflug protokolliert. Ein anständigeres Benehmen hätte man von den Herren doch erwarten können; denn über dem Strafgebäude stehen sie nicht, wenn auch der eine auch der Herr Direktor des Ludwigshafener Gaswerks W. Jörtsch und der andere der Herr Direktor des Elektrizitätswerts Georg Gajner ist.

Geschäftsbericht der Filiale München, 4. Quartal 1906.

Am Jahresende ist so recht der Zeitpunkt, um einen Moment rückwärts zu schauen, um im nächsten Jahre dort, wo es not tut, die verbessernde Hand anzulegen. Da leben wir nun, daß die Filiale München vieles geleistet hat, und daß auch der Erfolg nicht ausbleiben ist.

Kunden doch im verflochtenen Quartal nicht weniger als 47 Versammlungen bzw. Sitzungen statt; ähnlich war es auch in den vorhergehenden Quartalen. Als Neuzugänge waren im 4. Quartal 220 Neuaufnahmen zu verzeichnen, denen 50 Austritte (3 Todesfälle, 1 Ausschluss, 11 Erethnungen, 35 Austritte) gegenüberstehen. Am Anfang des Jahres 1906 waren 525 Mitglieder vorhanden, die sich bis zum 1. Oktober auf 1000, und von da bis zum 1. Januar 1907 auf 1170 erhöhten, so daß sich die Mitgliederzahl im Laufe des Jahres 1906 um 645 (davon 170 im 4. Quartal) vermehrt hat. Bemerkenswert sei noch, daß seit 1. Januar bereits wieder 70 Neuaufnahmen zu verzeichnen sind, so daß das zwölfte Hundert bereits weit überschritten ist.

Unter den Austrittenden waren nicht weniger als 16, welche nur die Aufnahmegebühr bezahlten. Mag sein, daß sie in den Versammlungen von der Notwendigkeit der Organisation belehrt, die Aufnahme unterzeichneten und daß sie es hinterher wieder beueuten, oder — und das erscheint als wahrscheinlicher — daß sie zu Hause ein lebendiges Hausfeuer hatten, daß ihnen die Zugehörigkeit zur Organisation verfehle. — Dauerlicher Weise ist eben zu konstatieren, daß manche Frauen auf die Organisation nicht besonders röstig getrimmt sind; unsere Hauskassierer wissen ein Lied davon zu singen. —

Abgegeben davon, ist sonst der Geist in unserer Organisation ein sehr guter. Dies zeigt auch die Beitragszahlung. Sind doch von der Gesamtmitgliederzahl 88 Proz. vollzahlende Mitglieder, was in Anbetracht dessen, daß eine ziemliche Anzahl von Mitgliedern erst in der letzten Dezemberwoche eingetreten sind, und außerdem bei Arbeitslosigkeit und Krankheit freimarken gestellt werden, ein recht günstiges Verhältnis ist.

Nach all dem wollen wir unseren Mitgliedern zur Erbauung auch einmal die gegenwärtigen Zahlen vor Augen führen. Wir meinen, die Vereinigung männlicher Arbeiter, denen wir im verflochtenen Quartal ihr verträgliches Treiben in einem Flugblatt vor Augen halten mußten, Zahlen sind eben brutale Dinge, denn sie überzeugen trotz ihrer Kahlheit. Es sei von vornherein bemerkt, daß diese nachfolgenden Zahlen aus dem Jahresberichte der Vereinigung entnommen. Und da laßt sich die „Entwicklung“ dieser Aushergangorganisation sehr leicht feststellen.

Vom Jahresbericht wurden in dieser Vereinigung folgende Monatsbeiträge entrichtet:

im Jahre 1903: 547 Beiträge

„ „ 1904: 681 „ „

„ „ 1905: 3611 „ „

Dividiert man die Zahl der geleisteten Beiträge mit 12 (Monate), so ergibt sich eine Mitgliederzahl (zahlende Mitglieder):

im Jahre 1903: 45,6

„ „ 1904: 56,8

„ „ 1905: 301 „ „

Vom finanziellen Standpunkt aus betrachtet ist die Zahl beim Jahresabschluss noch niedriger, weil zu Beginn des Rechnungsjahres eine größere Mitgliederzahl als am Ende desselben vorhanden war. So steht also die Groszahl dieser traurigen Aufstellung in Wirklichkeit aus. Ja, es stimmt — Zahlen beweisen!

*) Der Bericht von 1905 liegt uns nicht vor.

Nach dieser kleinen Abschweifung, die aber notwendig war, um unsere Mitglieder die Möglichkeit zu geben, den Prachtsanfen diese Zahlen vor Augen zu führen, wollen wir uns den Ereignissen innerhalb des letzten Quartals zuwenden.

Zu letzten Quartal fand die Wahl der Krankenkassenvertreter zur Betriebskrankenkasse der Gasanstalt statt. Wie planlos diese Wahl in den früheren Jahren geführt wurde, zeigt uns der Umstand, daß sich bei der vorhergehenden Wahl im Gaswerk Kirchstein die Stimmen der ca. 180 Wähler auf nicht weniger als 130 Kandidaten verteilten. Dem wurde diesmal gründlich vorgebeugt, indem durch unsere Organisation die geeigneten Kollegen aufgestellt wurden, so daß eine fast einstimmige Wahl zustande kam. Die indifferenteste Grube vom Werkmeister Erb erhielt dabei selbstverständlich keine Vertretung. Doch ganz glatt sollte diese Wahl nicht abgehen. Der Rechnungsführer der Krankenkasse, Major a. D. verlegte eine auch gegen die einzelnen Kassennmitglieder ziemlich heftig veranlagte Persönlichkeit hatte nämlich vom Werkmeister diejenigen ausgeschieden, welche laut Statut noch ein Jahr Kassenvorsteher sind, so daß eine Nachwahl notwendig wurde. Es wurden trotzdem durchweg lauter organisierte Kollegen gewählt.

Für die Laternenwärter wurde eine neue Arbeitsordnung geschaffen. Diese brachte nicht das, was die Laternenwärter erwarteten, jedoch wurden ziemlich Verbesserungen in finanzieller Hinsicht, Verlängerung des Urlaubs, Bezahlung der Differenz zwischen Verdienst und Krankengeld, erreicht. Man kann sagen, daß die Laternenwärter in der Gasfabrik am besten abgesehen haben.

Im 4. Quartal wurde in den städtischen Kollegien auch der Beschluß gefaßt, daß beim Inkrafttreten der neuen Arbeitsordnung sämtliche bisherigen Dienstjahre angerechnet werden. Eine ganze Anzahl von Arbeitern, speziell des Stadtbau-Amtes, hat dabei eine erhebliche Lohnerhöhung von über 1 Mk. pro Tag erhalten. Allerdings sind es gerade diese Arbeiter, die es aus Egoismus nicht begreifen wollen, daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß die erste Bedingung war, um diesen Erfolg zu erreichen. Keiner der doch ein biederer Straßenkehrer in der Schwanthaler Höhe: „Das haben nicht die Schwarz, nicht die Roten und auch nicht die Liberalen gemacht, daß ich jetzt soviel Geld bekomme. Das ist eine Gütigung Gottes.“

Da und dort will es freilich noch nicht recht klappen. Eine so schwerfällige Maschine, wie z. B. das Baumamt, in neue Bahnen zu lenken, ist halt eine schwierige Sache. Soweit wir die Situation übersehen können, ist die neue Arbeitsordnung nur im städtischen Elektrizitätswerk und in der Stadtgärtnerei richtig durchgeführt worden. In den anderen Betrieben fehlt es zum Teil himmelweit, so daß wir in nächster Zeit eine kleine Büreaufratzen-Auswechselliste vorführen werden. Im Gaswerk wurde der Dreischichtenwechsel eingeführt, doch wurde dabei soviel Personal „eingespart“, daß den Arbeitern die Gesundheit verleidet wird.

Am Ende stellen wir an das Gemeinde-Kollegium den Antrag um Errichtung eines Arbeitsnachweises für städtische Arbeiter. Hoffen wir, daß diese notwendige Einrichtung auch vom Magistrat geschaffen wird. Und so gibt es noch mancherlei zu ändern und zu bessern. Wir nennen bloß die Versorgungs-Kasse. Wären auch alle städtischen Arbeiter erkennen, daß sie nur durch den festen Akt der Organisation die ihnen gebührende Stellung erringen können. Tue jeder auch im neuen Jahre seine Pflicht!

Aus den Stadtparlamenten.

Nieselsch. Der Magistrat beabsichtigt, bei den Stadtverordneten eine Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten zu beantragen. H. a. soll das Gehalt der Saugleute und Holzleiterganten um 100 Mk. pro Jahr erhöht werden. — Eine Verkürzung der Arbeitszeit der in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter wird vom Magistrat geplant. Es wird beabsichtigt, für gewisse Kategorien die ständige Arbeitszeit und für die in Lohnverdienst beschäftigten Arbeiter eine solche von 8 Stunden pro Woche über 12 Stunden inkl. Pausen einzuführen.

Göbura. Die Stadtverordneten genehmigten den Etat von 1907 von 186 100 Mk. unter Aushebung von zehn Steuerterminen. Die städtischen Arbeiter sieht der Etat eine 10 prozentige Lohnerhöhung und für die Beamten eine allgemeine Gehaltserhöhung vor.

Grimmischau. Der Rat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Löhnerhältnisse der städtischen Arbeiter einer den Leistungen, dem Alter und der Beschäftigung der einzelnen Arbeiter entsprechenden und deshalb im einzelnen sich verändernden Stellenanforderung mit der Maßgabe zu unterliegen, daß die höheren Löhne von Anfang dieses Jahres ab gezahlt werden sollen.

Karlsruhe. Von den im städtischen Dienste befindlichen städtischen Arbeitern erhielten auf 1. Januar d. J. 211 die im § 7 des Arbeiterstatuts vorgesehene Jahresbelohnungen im Gesamtbetrag von 47 531 Mk. 19 Pf. Der Aufwand für Jahresbelohnungen betrug auf 1. Januar 1906: 41 225 Mk. 11 Pf., auf 1. Januar 1905: 39 141 Mk. 61 Pf., 1901: 36 725 Mk. 31 Pf.,

1903: 34 475 Mk., 1902: 32 050 Mk., 1901: 29 000 Mk., 1900: 28 370 Mk. und 1899, zu welchem Zeitpunkt die Jahresbelohnungen erstmals verwilligt wurden, 23 390 Mk. Von den auf 1. Januar d. J. mit Jahresbelohnungen bedachten Arbeitern werden 26 zugleich als ständige Arbeiter gemäß § 22 des Arbeiterstatuts (mit Anwartschaft auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung) angestellt.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Wenn es eine Kategorie städtischer Arbeiter gibt, die noch unter den Bedingungen der ostelbischen Arbeitsverhältnisse fronden müssen, so sind es die Kieselfelderarbeiter, obwohl der kürzlich erschienene Verwaltungsbericht an einer Stelle sagt, daß mit etwa 200 Mark Löhne pro Hektar 50 Mark mehr als auf Privatgütern bezahlt werde, die in höherem Maße landwirtschaftliche Maschinen zur Ersparung von Handarbeit verwenden könnten. Wir halten dafür, daß die bei der Drainage und auf den Kieselgütern vollbrachte Arbeit nicht mit der landwirtschaftlichen Arbeit auf den Privatgütern verglichen werden darf, weil die Arbeit zum großen Teil eine körperlich schwere, ungesündere und widerliche ist. Die Kieselwärter, die in Wind und Wetter die von den Pumpstationen geleitete Nauche zu regulieren haben, erhalten täglich 2,50 bis 3 Mark Lohn bei einer Arbeitszeit von durchschnittlich 12 Stunden täglich. Da Schulbuden trotz zahlreicher Eingaben nicht gewährt sind, so müssen die Arbeiter hinter den Erdmällen oder in selbstgegrabenen Erdhöhlen Schutz vor Unwettern suchen. Die Kohrleger erhalten täglich 4,75 Mk., während Hilfsarbeiter mit 35 Pf. Stundenlohn zufrieden sein müssen. Den größten Teil der Arbeitskräfte der Kieselfelder stellt jedoch das Gutspersonal und die auf den Kieselgütern beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen dar, die sich aus anständigen, meist mit Deputatslöhnen angestellten Leuten, aus Schmittern für Sommerarbeit und Häuslingen des Arbeitshauses zu Rummelsburg zusammensetzen. Es waren vorhanden durchschnittlich im Monat:

1. ortsgehörige Männer	1162
2. " " " " " "	978
3. " " " " " "	916
4. Häuslinge aus Rummelsburg	1142

zusammen 4198 Personen.

Diese Leute erhalten außer einem nach heutigen Verhältnissen unzulänglichen Deputat im Sommer 1,50 Mk. täglich, im Winter 1,20 bis 1,40 Mk. täglich. Bei 12—15tägiger Arbeitszeit macht das einen Stundenlohn von 10 bis 15 Pf. Das Deputat besteht im Durchschnitt aus Kartoffeln, Gartenland, Brennmaterial und etwas Stroh. Anscheinend ist als Maßstab das Rechtsverhältnisses die Gemeindeordnung maßgebend, denn es bestehen weder Arbeiterausschüsse, noch haben diese städtischen Arbeiter Anspruch auf Ferien oder Hinterbliebenenversorgung. Bei geringfügigen Versehen werden den Arbeitern die Strafen vom geringen Sold rückwärts abgezogen. Daß die Arbeit auf den Kieselfeldern ihre gesundheitlichen Gefahren hat, beweist wohl am besten die Stelle des Jahresberichts, in der die Erkrankungen ausführlich aufgezählt werden. Bei den 4198 Personen zeigten sich 1200 Erkrankungen, die in ärztliche Behandlung kamen. Zahlreich waren die Erkrankungen der Verdauungs- und Atmungsorgane. — Zur Erhebung der sozialen Lage der Kieselfelderarbeiter muß seitens der Stadt Berlin noch mancherlei geschehen, wozu man sich heute nach kapitalistischen Gebräuchen nicht verstehen will.

Berlin III (Rasierwerkstarbeiter). Kollege Paul Schulz hielt am 20. Januar einen Vortrag über: „Die städtischen Arbeiter und die Reichstagswahlen“. Referent sprach über die sozialen Ausgaten für Meer und Marine, namentlich rügte er die Millionenausgabe der Kolonialverwaltung, die auf Kosten der Arbeiter und der unteren Stände durch den neuen Zoll, durch Verteuerung der Lebensmittel vom deutschen Volke aufgebracht werden müssen, vorausichtlich lange, lange Jahre ohne größeren Nutzen für unser Vaterland. Im Schluß des Vortrages wies der Referent die städtischen Arbeiter darauf hin, bei der Reichstagswahl ihre Stimme nur solchen Mandatanten zu geben, die gegen die Forderungen der Kolonialvorlagen gestimmt haben. — Nun erfolgte die Wahl des Sektionsvorsitzenden und der Vertrauensleute. Der alte Sektionsvorsitzende und die Vertrauensleute sämtlich neuwahlen wurden wiedergewählt. Erster Vorsitzender: Vohrengel, zweiter Vorsitzender: Volkmann, Schriftführer: Gentsche, Vertrauensleute: Medzinski, Deutsche, Volkmann, Abrahamson, Ewald, Hoppe, Bergermann, Nowotny, Hammerer, Meckert und Becker. Nach Abschingung der Privatliste bleibt ein Rest von 50 Mk. Kollege Eisenblätter als Revisor eritattet Bericht und man erteilte dem Kassierer Decharge. Das Amt als Revisoren behalten die über die Kollegen Eisenblätter und Schmidt weiter. Auf Antrag des Kollegen Volkmann wurde den Kollegen Trillisch und Richter, wovon der eine noch ein Darlehen von 9 Mk., der andere ein solches von 11 Mk. an die Privatliste zurückzahlen hatte, diese Zurückzahlung erlassen, weil Trillisch mit schwierigen Familienverhältnissen zu kämpfen hat und Richter

schon lange krank ist. Ein zweiter Antrag, vom Kollegen Eisenblätter gestellt, dem Kollegen Emil Wendt, der ebenfalls schon lange krank ist, 20 Mk. aus der Privatkasse zu gewähren, wurde ebenfalls angenommen. Nachdem der Vorsitzende nochmals auf die Reichstagswahlen hingewiesen hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin IX (Mevier-Inspektion). Die Generalversammlung unserer Sektion fand am 18. 1. 1907 im Rosenthaler Hof statt. Der Vorsitzende gab in kurzen eindrucksvollen Worten den Jahresbericht der Gruppe Mevier-Inspektionen, der mit Beifall aufgenommen wurde. Hierauf erfolgte die Abrechnung des Kassierers. Der Massenbericht, der den Kollegen gedruckt vorlag, wurde von den Revisoren bestätigt, worauf der Kassierer entlastet wurde. In den Vorstand wurden folgende Kollegen wieder resp. neu gewählt: als 1. Vorsitzender Kollege Mehrwald, als 2. Vorsitzender Kollege Wusacker, als 1. Schriftführer Kollege Wittbandt; die Wahl eines 2. Schriftführers wurde abgelehnt. Hierauf erfolgte die Wahl einer Agitationskommission, zu der sechs Kollegen gewählt wurden. Hieran schloß sich die Bekanntgabe, daß am Donnerstag, den 31. Januar, eine Filialversammlung stattfinden, in der auch wir ein Vorstandsmitglied wählen können. Auch die erweiterte Verwaltung soll wieder von zwei Kollegen der Mevier-Inspektion besetzt werden. Dementsprechend wurden zwei Kollegen vorgeschlagen. Dem Antrage wurde stattgegeben, einen früher ausgeschlossenen Kollegen wieder in unseren Reihen aufzunehmen. Seitens des Arbeiterausschusses wurde die Antwort der Direktion auf die letzte Sitzung bekanntgegeben. Danach sind die geäußerten Wünsche von der Direktion geprüft worden und man erwidert, daß gegenwärtig die Erhöhung der Löhne und die Verärgerung der Arbeitszeit vom Magistrat erörtert wird. Die Entscheidung muß abgewartet werden. Die Ausbahrung der Lohnliste wird abgelehnt mit der Begründung, daß bei einer Lohnhebung nicht ausschließlich das Dienstalter entscheidet, sondern auch Tüchtigkeit, Fleiß und Nüchternheit. Das Verlangen, vor der Festsetzung der Strafen das Mevierpersonal zu vernehmen, kann nicht grundsätzlich zugestanden werden. Ob und inwieweit das Personal zu hören ist, muß dem pflichtmäßigen Ermessen des Oberinspektors überlassen bleiben. Ferner wird bei Verstrafung mit Wachtentzug die Entscheidung vom Oberinspektor getroffen. Also der Inspektor kann nicht mehr willkürlich die Wache entziehen. Außerdem sollen neue Verurtheilte mit Weidwiderlern angestellt und an Stelle der harten Weidwiderler geliefert werden. In der Handhabung der Ueborgaben wird Erleichterung geschaffen. Ueber die vom Arbeiterausschuß gerügten Mängel der Verbindungssitze und Derselben wird geantwortet, daß sie sich bei der fabrikmäßigen Herstellung nicht vermeiden lassen und zurzeit nicht abgestellt werden können. Aus der Mitte der Versammlung wurde energisch aufgefodert, am 25. Januar den Protokollern und Fleißwertreuern eine gebührende Antwort zu geben, indem sie nur den Kandidaten ihre Stimmen geben, die auch wirklich für die Interessen des Proletariats und der städtischen Arbeiter eintreten, und das sind allein die Sozialdemokraten. — In der am 20. Dezember 1906 stattgefundenen Wahl für den Arbeiterausschuß sind nachstehende Kollegen gewählt worden: Gruppe 1: K. Thimm, Erbsmann A. Hensch, Gruppe 2: W. Stöppler, Erbsmann C. Wolgedede, Gruppe 3: A. Neundorf, Erbsmann Willmann, Gruppe 4: M. Leopold, Erbsmann L. Bauerfeind, Gruppe 5: M. Jüngling, Erbsmann A. Maske, Gruppe 6: C. Becker, Erbsmann E. Scharlau.

Gotha. Nicht lange Geschicht konnte man nach der ersten Lohnzahlung der städtischen Arbeiter in Gotha wahrnehmen. Hatte man doch seitens der Stadtverwaltung den drei Arbeitern eine Lohn-erhöhung zugesagt. Selbige ist auch eingetreten, aber wie? Nach der Vorlage, wie sie im Stadtparlament beraten und angenommen wurde, soll der Lohn der Arbeiter im Stadtquartum 3-4 Mk. betragen. Für die Arbeiter am Wasserwert 2,50-3,50 Mk. Ueberstunden werden mit $\frac{1}{2}$ Aufschlag des Stundenlohnes vergütet. Für Manufakturreinigung sollen jetzt statt 50 Pf. 75 Pf. pro Tag vergütet werden. Dieses die Bewilligungen. Wie aber sehen nun die Lohnhebungen aus. Ein Teil der Arbeiter erhielt sage und schreibe einen ganzen Pfennig, andere zwei Pfennig, und die dritten drei Pfennig zugelegt. Nun darf man nicht denken, daß diejenigen, welche ein oder zwei Pfennig erhalten haben, minderwertige Kräfte seien, nein alles vollwertige Arbeiter. Warum eine derartige Staffelung dieser Pfennigzulage? Will man dadurch das Schmarobertum groß ziehen, oder will man, daß ein Arbeiter den anderen bevorzugt soll? Daß hierdurch nur Willkür und Unzufriedenheit Platz greift, ist wohl für jeden klar. Wo bleibt denn das Verdienen, welches der Herr Stadtbaurat der Kommission gegeben hat, daß derjenige, welcher jetzt 80 Mk. Einkommen hatte, nach der Lohnzulage 900-920 Mk. erhalten sollte? Wäre dieses eingetreten, so könnte man von einer Lohnzulage reden, jetzt ist es aber nur ein Almosen, was man allernächtigst erwährt hat. Bei den Beamten war man nicht so knauserig! Sie erhielten Feuerungszulagen von 50-75 Mk., außerdem soll noch eine Gehaltserhöhung eintreten. Kollegen! Ist es Euer Wille, bessere Löhne zu erhalten, dann vor allen Dingen organisiert Euch! Nur durch die Organisation können bessere Verhältnisse geschaffen werden!

Salle a. S. Nicht nette Zustände existieren in dem hiesigen Elektrizitätswerke. Die Arbeitszeit beträgt in der einen Woche 77 Stunden, in der zweiten 66. Maschinen und Schloffer erhalten einen Lohn von 28 Mk., Seiger von 21 Mk. und Arbeiter und Mühlenabläder einen solchen von 21 Mk. für sieben tägige Arbeitszeit. Die größte Arbeitsleistung wird von den Mühlen abladern verlangt. Vier Mann müssen pro Tag 8 bis 9 Lowrens mühlen abladen, jede Lowren zu 300 Zentner. Das macht für jeden Mann auf die Minute ein Zentner. Jede Lowren muß in 10 Minuten ausgeladen sein. Will jemand seine Notdurft verrichten, so kann es nur geschehen, wenn ein Wagenwechsel eintritt. Ein Aufrichten bei der Arbeit ist nicht gestattet, geschieht es trotzdem und der Herr Obermaschinist bemerkt es, sofort folgt er dafür, daß die Leute wieder in ihre frühere Stellung zurückkehren. Fehlt einer von den vier Mann, so verlangt man sofort, daß drei Mann dieselbe Arbeit leisten. Für die Messelreiner sind zum Schutze der Gesundheit Respiratoren angeschafft worden, um den Schmutz und Staub von Mund und Nase abzuhalten. Davon wird aber kein Gebrauch gemacht, weil selbige in einem Zustande sich befinden, den man als „reparaturbedürftig“ bezeichnen muß. Die Messelreiner binden sich dieserhalb ihre eigenen Tücher vor Mund und Nase, um nicht allzuviel Staub schlucken zu müssen. Bei Arbeiten, wo die Leute in glühender Asche stehen, sind Aschehülsen angeschafft worden. Im ganzen ist aber nur ein einziges Paar vorhanden. Diese zieht der Vorarbeiter an, für die übrigen sind keine da, die mögen nur ihre eigenen Stiefel verbrennen. Eine Vadeinrichtung ist auch da; diese ist aber so mangelhaft, daß es die Leute lieber vorziehen, schmutzig das Eldorado zu verlassen.

Verdauern sich die Arbeiter, so wird ihnen vom Meister geantwortet: „Ich weiß auch nicht, woran es liegt.“ Haus- und Arbeitsordnungen hängen genügend im Werke aus; von Unfallverhütungsvorarbeiten aber keine Spur. Selbige müssen doch sonst in jedem gewerblichen Betriebe vorhanden sein. Warum wohl nicht hier? Warum gibt man den Arbeitern keine Krankentafeln? Verdienende wissen noch nicht einmal, welcher Klasse sie angehören, wieviel Krankengeld oder sonstige statutenmäßige Unterzählungen bezogen werden können usw. Nur der Generalversammlungsbereiter ist im Besitze eines solchen; will jemand einmal Einblick nehmen, so kann er es geliehen bekommen, muß es aber bald wieder abgeben. — Das Schmarobert oder Angebertum sieht hier in schöner Blüte. Der Wechsel ist daher ein reichlicher. Ist es der Verwaltung noch nicht beigegeben, einmal die Ursachen davon zu untersuchen? Man stellt doch sonst immer gern Erhebungen an, wie z. B. bei Lohnhebungen; warum denn wohl hier nicht? Wenn den Arbeitern ein auskömmlicher Lohn, eine anständige Behandlung und eine bessere Arbeitsweise gewährt werden, wird auch das hiesige Elektrizitätswerk nicht mehr als Tausendfüßler verurteilt sein. Wir wollen hoffen, daß die angeführten Mängel bald beseitigt werden, und die Verwaltung mehr wie bisher den Wünschen der Arbeiter Rechnung trägt. Den Arbeitern aber rufen wir zu: Erwacht! Schließt Euch Euren um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse kämpfenden Kollegen an! Tretet ein in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dann wird man Euch als Menschen achten und ehren, und dementsprechend behandeln und bezahlen. Fort mit der Gleichgültigkeit! Wer sich nicht bemüht, seine Lage zu verbessern, verdient kein besseres Los.

Sauna. Unsere Filiale hatte am 20. Januar im Gasthaus zur Stadt Frankfurt eine Versammlung für alle städtischen Arbeiter einberufen, mit der Tagesordnung: „Die Bedeutung der Reichstagswahlen für die Gewerkschaften“. Als Referent war Kollege Seemann aus Mannheim erschienen, welcher über die Verleugnung der Lebensmittel, über die Kolonien und über das Anti-Gewerkschaftsgesetz nahezu zweistündige Ausführungen machte. Zu seinem Schlußwort bemerkte der Redner, er könne seine Stimme nur einem Sozialdemokraten geben, der für unsere Sache stets eingetreten sei, was von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde. Nach einer weiteren Beratung empfahl der Vorsitzende die Genehmigung für ein Flugblatt für die städtischen Arbeiter zur Abwehr gegenüber den Verleumdungen der Herren Hüh usw. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Schluß 11 Uhr.

Sannover. Mitgliederversammlung vom 20. Januar. Nach der Protokollprüfung ernannte der Kassierer den Massenbericht. Ihm wurde Entschuldigung erteilt. Kollege Tuppermann gab sodann den Jahresbericht, wonach im letzten Jahre 16 öffentliche Versammlungen und Betriebsbesprechungen, sowie 3 Vorstandssitzungen stattfanden. Hiesige Mitabwickelbewegung stellt sich folgendermaßen: Es traten im Laufe des Jahres 238 Mitglieder ein, davon schieden aus 58, mithin bleibt ein Bestand von 179 männlichen und 1 weiblichen Mitglieder. Der Massenbericht schließt ab mit einer Einnahme von 1850,75 Mk. und einer Ausgabe von 1707,77 Mk., davon wurden an den Verbandsvorstand gesandt 1355,61 Mk., folglich bleibt ein Kassensbestand von 173,01 Mk. in der Kasse. An die betreffenden Verwaltungen wurden folgende Einlagen eingereicht: an das Stadtbauramt: den Stundenlohn im Winter nicht zu reduzieren, und die Akkordarbeiten abzumachen. Das Resultat war, daß in diesem Winter der Stundenlohn nicht gekürzt wurde, außer auf

der Eisenbahn. Die Affordarbeit besteht jedoch vor wie nach. Schriftliche Mitteilung ging aus zu dieser Angabe nicht zu. An die Kartendirektion: Eine regelrechte Lohnsteigerung nach Dienstjahren einzuführen. Hierüber äußerte die Direktion, der Lohn sei schon seit Jahren bei ihnen geregelt. An die Branddirektion (Strafvereinigung): den Lohn der älteren Arbeiter auf mindestens 3,00 Mk. festzusetzen, und ihnen bei schlechtem Wetter Regentragen zu liefern. Da die Branddirektion sich nicht zur zühändig erachtete, so überwies sie es dem Magistrat. Dieser bewilligte 180,00 Mk. für Regentragen, aber Lohnerböhung gab es bis jetzt noch nicht. An die Handlifikation: Einen Aufschlag von 10 Proz. für alle vorkommenden Wasserarbeiten; für die Sonntagarbeit im Sandbau einen Aufschlag von 40 Proz., und für die Arbeiter, die im Winter im Manal arbeiten, ein Unterkommen während der Pausen zu schaffen. Dies letztere wurde bewilligt, das andere jedoch abgelehnt. An die Direktion des Zentral-Schlacht- und Viehhofes: Einen Stundenlohn von 5 Pf. und die Sonntag- und Nachtarbeit mit 40 Proz. Aufschlag zu bezahlen. Hierüber ist noch keine Antwort eingelaufen. — Mit auch mit diesen Eingaben nicht das erreicht, was man wollte, so kann man doch für den Anfang damit zufrieden sein. Unsere Organisation ist eben noch zu jung am Floke, und die Behörde muß erst gewohnt werden, hiermit zu rechnen. — Die Verbandswahl ergab folgenden Resultat: Gabeuener, 1. Vorsitzender; Göttling, 2. Vorsitzender; Jürgens, Kassierer; Vohrberg, Schriftführer. Als Revisoren wurden die Kollegen Majch, Meis und Schmidt wiedergewählt. Martelldelegierter wurde J. Püttner. Nachdem noch die Sektionsführer und das Komitee gewählt, wurde Kollege Wandrot den Antrag, dem 1. Kassierer vierteljährlich 5,00 Mk. Vergütung zu gewähren, welcher einstimmig angenommen wurde. Auch der Antrag des Kollegen Eiter, den Unterassistenten 3 Pf. pro Marke zu bezahlen, wird angenommen. Nach einer aufgestellten Statistik sind von 180 Mitgliedern nur etwa 20 außer der Arbeit, was ja sehr zu bedauern ist. Vom Kollegen J. Püttner wird Beschwerde geführt, daß die Arbeiter des Stadtbauamts sich am Weihnachtsmorgen auf der Eisenbahn zum Feiern verhalten einzufinden hatten. Wer nicht hinging, hatte keinen Anspruch auf weitere Vergütung. Es wurde ihnen für die Tage ein Stundenlohn von 3 Pf. gezahlt, wo doch die Handwerker 4 Pf. 50 Pf. und über 50 Pf. Stundenlohn haben. Der Vorstand soll die nötigen Schritte tun, daß der noch fehlende Lohn nachgezahlt wird. Redner wies noch darauf hin, am 25. Januar den wichtigen Streikmützen abzugeben. Mit einem Hoch auf den Verband wurde dann die Versammlung geschlossen.

Leipzig. Die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Betriebe hielten am 18. Januar eine Mitgliederversammlung im Verleihsaale ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erheben sich die Anwesenden zu Ehren der verstorbenen Kollegen Eiser, Hinkelmann und Plötner und des Genossen Jäch von ihren Plätzen. Kollege Schuchardt gab einen Ausblick über das Jahr 1906. Die geforderten Lohn-erhöhungen sind im vergangenen Jahre größtenteils abgelehnt und zwar mit der Motivierung, es sei kein Geld da; wohl aber hatte der Rat der Stadt Leipzig Geld für andere Zwecke, z. B. Jagdweiden 200 Mk., Schutzgenossenschaft 320 Mk., Mairers Geburtstagsfeier 900 Mk., Sedanfeier 1600 Mk., Pflückerinnen 5000 Mk., patriotische Turnvereine 7500 Mk., Vorkriegsalacht Zentral 10000 Mk. u. a. m. Nur diese und ähnliche kleine Sachen wurden 55 120 Mk. bewilligt. Besonders hervorgehoben wird das Verhalten des Rates der Stadt Leipzig anlässlich des Streiks bei der Düngeexportgesellschaft, wie es feinerzeit in der „Gew.“ ausführlich gebrandmarkt wurde. Der Referent forderte die Anwesenden auf, in der gegenwertigen Wahlbewegung mitzubekämpfen, die Arbeitslosen aufzutuneln und am 25. Januar ihre Stimme dem Mandatanten zu geben, welcher nicht für die Forderungen der städtischen Arbeiter eingetreten ist. Der Geschäftsführer gab die Abrechnung vom 1. Quartal. Die Einnahmen betragen 3716,36 Mk., die Ausgaben 2125,78 Mk., sodas ein Stellenbestand von 1290,58 Mk. in der Kassa verbleibt. Die Verwaltungsstelle zahlt gegenwertig 702 Mitglieder und zwar 662 männliche und 40 weibliche. Auf Antrag der Revisoren wird der Geschäftsführer entlastet. Einem Antrage, 75 Mk. als Wahl-pulver zu bewilligen, wird zugestimmt. Zur Vertung der Zahlstelle wurden gewählt: Aug. Meuter als Vertrauensmann, als Re-visor die Kollegen Wandt und Plettermann, Revisoren Kette demann und Herbst, als Delegierte zum Gewerkschafts-fachtag Thalheim und Zeitzschel. Hierauf wurde mitgeteilt, daß der Rat der Stadt bis heute noch nicht auf das Gesuch der Arbeiter um Gewährung einer Feuerungszulage geant-wortet hat. Ueber die Behandlung der Arbeiter wurden verchiedene Mlagen laut und die Vertung ersucht, auf Abhilfe zu dringen. Zum Schlus wurde eine Resolution angenommen, laut welcher der Rat ersucht werden soll, die für Ausübung der Wahl notwendige Zeit frei zu geben.

Magdeburg. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung lagte am 19. Januar in der Puppentheaterhalle. Vor Eintritt in die Tages-ordnung wurde das Ableben des Kollegen Schubert durch Er-heben von den Plätzen gelehrt. Der Kassierer gab alsdann den Stellenbericht für das vierte Quartal. Nach Vertatung seitens der Revisoren wird demselben Lohnausweis erteilt. Die Entschädigung der Revisoren und Kassierer soll künftig bei den ersten pro

vierteljahr 2 Mk., bei letzteren 8 Proz. der Beitragseinnahme be-tragen. Besonders wichtig war die Erörterung: „Wie stellen wir uns zu den Mitgliedern, die aus städtischen Dienst ausgeschieden sind?“ Der Vorsitzende weist auf die Umstände hin, die hierzu Ver-anlassung gaben. Ferner verweist er auf § 5 Abs. 2 unseres Ver-bandsstatuts. In der Debatte wurde hervorgehoben: weise man unsere Mitglieder dementprechend an, so sei zu hoffen, daß andere Gewerkschaften das gleiche tun. Von rund 1200 für die Organi-sation in Frage kommenden städtischen Arbeitern seien über 700 organisiert, 400 dagegen nur bei den Gemeindefarbeitern. Bei Propagierung der Lohnangebe hätte der größte Teil der in anderen Verbänden organisierten Abstinenz geübt. Es sei Pflicht dieser Leute, soweit sie für ihre Organisation nicht besonders in Frage kommen, zu uns überzutreten. Seitens des Vorstandes wurde er-sucht, einen Beschluß darüber nicht herbeizuführen. Eine der-artige Reklamation könne leicht zu Grenzstreitigkeiten führen und dieses wolle man doch vermeiden. Man wolle zunächst erst eine Erhebung über die Zahl usw. anstellen und dann die Angelegenheit mit den betreffenden Organisationsvorständen in lokaler Weise regeln. Unsere Mitglieder wolle man jedoch auf das Verbands-statut hinweisen. Mit diesem Vorschlag ist die Versammlung ein-berstanden. Beschlossen wird, 50 Mark dem Wahlkomitee zu über-weisen. Zum Schlus wurden die Praktiken, die sich der Verband reichster Arbeiter im Wahlkampf leistete, ins rechte Licht gerückt.

Mannheim. Einen großartigen Verlauf nahm eine öffent-liche Versammlung der hiesigen städtischen Arbeiter, welche am 18. Januar aus Anlaß der Reichstagswahl abgehalten wurde. Der geräumige Saal des „Schwarzen Lamm“ war schon vor 8 Uhr vollständig überfüllt. Die Ausführungen des Referenten fanden stürmischen Beifall. Es referierten über das Thema: „Die bevor-stehende Reichstagswahl“, Kollege Heckmann, Stadtverordneter Genosse Schmitt und der Mandatant des Kreises, Genosse Dr. Frank. Die Redner nahmen die Kolonialpolitik, den Zollwucher und die damit verbundene Lebensmittelverteuerung, die Arbeiter-freundlichkeit der bürgerlichen Parteien, besonders des Zentrums und der Nationalliberalen gehörig unter die Lupe. Der stürmische Beifall, welchen alle Redner für ihre Darlegungen erteilten, ist ein Beweis, daß auch die städtischen Arbeiter Mannheims erkannt haben, daß nur die Sozialdemokratie die richtige Vertreterin der Arbeiterinteressen ist. Gegner meldeten sich bei der Diskus-sion nicht zum Wort, obwohl einige anwesend waren und vom Vor-sitzenden dazu aufgefordert wurden. Mit einem donnernden Hoch auf die Sozialdemokratie wurde dann die Versammlung geschlossen. — Eine vorgenommene Teilerfassung ergab 21 Mk., welche dem Wahlfonds überwiesen wurden.

Kürnberg. Am 11. Januar fand eine gut besuchte Mitglieder-versammlung der Zilliale im „Silbernen Löwen“ statt, in welcher Kollege Riedel-Perlin einen Vortrag über „Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften“ hielt. Die Ausführungen des Referenten fanden ungeteilten Beifall. Am Anschlus an diesen Vortrag wurde auch noch einmal die Handlungsweise des früheren Geschäfts-führers der Zilliale einer scharfen Kritik unterzogen und das Vor-geden dieser „Nachkollegen“ allseitig aufs schärfste verurteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab nachfolgendes Resultat: 1. Vor-sitzender M. Fischer, 2. Vorsitzender C. Holke, Kassierer A. Prodolf, Schriftführer M. Maffenberg, Revisor R. Mößner und W. Feuschel. Zu Revisoren wurden die Kol-legen Bickelmann und Lauer gewählt. Letzterer legte jedoch nachträglich sein Amt aus Familienrücksichten wieder nieder, jedoch in nächster Mitgliederversammlung eine Ersatzwahl vorzunehmen ist. Nachdem noch über verschiedene Mißstände berichtet worden, die sich in den einzelnen Betrieben seit Inkrafttreten der letzten Magistratsbeschlüsse gezeigt haben, erfolgte Schlus der Versammlung.

Rundschau.

Das Gesamtergebnis der Reichstagswahl vom 25. Januar 1907. Aus allen 397 Wahlkreisen sind jetzt die Ergeb-nisse bekannt. Ganz sind 237 Abgeordnete endgültig gewählt, während in den übrigen 160 Wahlkreisen Stichwahlen stattgefunden haben. Es sind

	gewählt	an Stichwahlen beteiligt
Sozialdemokratie	29	92
Zentrum	80	31
Freiwilige Vereinigung	1	12
Freiwilige Volkspartei	5	27
Nationalliberale	20	58
Konservative	41	20
Reichspartei	18	19
Polen	10	5
Deutsche Volkspartei	2	11
Reformpartei (Antifemiten)	3	3
Wirtschaftliche Vereinigung	4	12
Bund der Landwirte	2	8
Mittelstandsparteiler	1	2
Franen	1	—
Elbflüßer und Fraktionslose	10	7
Weissen	—	4

Staatliche Arbeiterfürsorge. Die Maschinenpauer der Betriebswerkmeisterei Lehrter Bahnhof in Berlin bitten seit Mai vorigen Jahres durch den Arbeiterausschuß um eine Feuerungsanlage. Die Leute beziehen den horrenden Lohn von 3 Mk. pro Tag, der sich nach 12jähriger Tätigkeit auf 3,60 Mk. erhöht. Wiederholtes Fragen nach dem Schicksal ihres Gesuchs zeitigte regelmäßig die Antwort, daß alles im Gange sei. Um ihren Wünschen mehr Nachdruck zu geben, wurde schließlich eine schriftliche Eingabe gemacht und durch einen Vertreter des Arbeiterausschusses übermittelt. Der Mann wurde dafür als frecher Patron und Anführer von seinem Vorgesetzten bezeichnet. So können nur Leute behandelt werden, die den Wert der gewerkschaftlichen Organisation noch nicht erkannt haben. Die Lage der Staatsarbeiter wird erst dann eine wirkliche Besserung erfahren, wenn sie ihren Forderungen mit Hilfe der Organisation den nötigen Nachdruck verschaffen.

Aufständige Löhne für Staatsarbeiter! Der deutsche Vorkämpfer in Washington, Freiherr Sped von Sternburg, bekommt nach der Erhöhung seines Gehalts, das bisher 100.000 Mark betrug, um 20.000 Mk., Küniglabin 120.000 Mk. In Madrid und Rom erhalten Graf Monts und von Radowicz je 100.000 Mk., und in Konstantinopel, Paris und Wien Baron Marschall, Fürst Radolin und Graf Wedel 120.000 Mk. Am besten bezahlt werden die Vertreter des Deutschen Reiches in London und St. Petersburg, sowohl Graf Wolff Metternich wie Herr von Schöen haben jährlich 150.000 Mk. auszugeben. Die Gehälter der deutschen Gesandten schwanken zwischen 24.000 und 60.000 Mk. Der Reichskanzler übertrug mit seinen 100.000 Mk. alle übrigen deutschen Minister ganz bedeutend. Am nächsten kommen ihm im Reich die Staatssekretäre des Auswärtigen und des Innern, das Gehalt des Herrn von Tschirsky und des Grafen Potjomow beläuft sich auf 50.000 Mk., während die Staatssekretäre der Kasse, des Schatzes und der Marine je 44.000 Mk. und der des Reichsjuristen „nur“ 30.000 Mk. haben. Die preussischen Minister „bedienen“ je 26.000 Mk. jährlich. Ebenfalls bekommt der Vorsteher des bayerischen Staatsministeriums, Freiherr von Bodewitz; die übrigen bayerischen Minister werden dagegen mit „nur“ 25.200 Mk. entlohnt, mit Ausnahme des Kriegsministers, der 26.000 Mk. erhält. Im königlich sächsischen stellt sich das Ministergehalt auf 25.000 Mk., wird aber bei monatlicher Dienstaufwands um 1.000 Mk. erhöht, und in Württemberg gibt es Ministergehälter von 21.000, 21.200 und 15.000 Mk. 15.000 Mk. beziehen die Minister auch in Baden. In den übrigen deutschen Staaten verringern sich die Ministerlöhne gradweise. Im Herzogtum Hessen sind für den vortragenden Minister zwar 24.000 Mk. ausgesetzt, für die anderen Vorsteherämter jedoch nur 11.000 Mk. Im Großherzogtum Sachsen in das Gehalt des leitenden Staatsministers 5. V. mit 16.000 Mk., in Oldenburg ungefähr ebenso hoch angesetzt, die oldenburgischen Reichsminister bekommen 12.000 Mk., in Sachsen Weimars mit 12.000 Mk., in Schwarzburg-Sondershausen und Meuß. j. L. mit 11.500 Mk., und am allerwenigsten beziehen wohl die dinstretenden Minister in den beiden Kurherrschaften Lippe, nämlich jährlich nur 9.000 Mk., also etwa das gleiche wie beim Militär ein Regimentskommandeur. — Da kann man für die anderen schon Genügsamkeit predigen!

Anwachsen der Arbeitgeberverbände. Der Verein der Hamburger Mecker leitet die Gründung eines großen Verbandes des Schiffahrts- und Hafensbetriebes von Hamburg-Altona ein, der alle am Hafenbetrieb interessierten Arbeitgebergruppen umfassen soll. Der Verband hat den Zweck, eine gemeinsame Sache neuer und umfassender Forderungen der Hafenarbeiter, mit denen für die nächste Zeit gerechnet werden, zu organisieren. — Für Stettin und den Kreis Randow wurde ein Arbeitgeberverband im Laufe der Woche gegründet, dem bisher etwa 50 Arbeitgeber beigetreten sind. — Wir wären wohl eine passende Antwort und mit uns herzlich bald alle Kollegen!

143 „Bezahlte Becker“. Die „Arbeitslosen“ Gewerkschaften haben es auf die im Verhältnis zu ihrem Mitgliederstand recht stattliche Anzahl von 143 bezahlten Angestellten gebracht. Von diesen kommen auf den Gesamtverband 8, die Zentralverbände der Bergarbeiter 20, Textilarbeiter 15, Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter 26, habsrischen Eisenbahner 1, Metallarbeiter 16, Hilfs- und Transportarbeiter 11, Holzarbeiter 8, Fabrikarbeiter 2, Seemannsarbeiter 2, Schiffs- und Seefahrer 3, Schneider und Schneiderinnen 1, Maler und Anstreicher 3, Gärtner, Kleider, graphisches Gewerbe, Seemannsbeamten je 1 Beamter. Es kommt noch hinzu, daß die Beamten der amtlichen Gewerkschaften durchweg ein viel höheres Gehalt erhalten als die Beamten der freien Gewerkschaften. Sie verdienen mit meistens der Unterstützung oder mindestens doch des Wohlwollens der Gewerkschaften, der Behörden und des Unternehmens, es haben immer mehr Beamtenstellen zur Verfügung. Nach vor wenigen Jahren war die Bezahlung von den „Bezahlten Beamten“ der Gewerkschaften ein Vorbildstand der Gewerkschaften. In der letzten Zeit hat man diese Methode fast nicht mehr gebraucht. Die „Arbeitslosen“ wissen wohl, warum.

Ueber das Bedürfnis nach alkoholfreien Getränken gibt eine Aufstellung der Frankfurter „Gesellschaft für Wohlfahrts Einrichtungen“ aus 21 Betrieben einen Anhalt. Danach war der

Monat von	im Jahre 1902	im Jahre 1903
Kaffe, Becher und Tassen . . .	219 505	277 387
Milch, Becher . . .	231 315	827 271
Schokolade, Becher . . .	48 741	29 474
Kalao, Becher . . .	10 110	7 606
Wassillon, Becher . . .	858	520
Tischglas . . .	3 668	6 899
Selterswasser, 1/2 Flasche . . .	3 716	16 046
„ 1/2 Flasche . . .	—	5 284
Mineralwasser, Strug . . .	406	6 574
Limonade, Flasche . . .	6 637	25 854
Alkoholf. Burgunder Punsch, Glas . . .	—	1 537
Bier, 0,4 Liter Glas . . .	35 516	40 447
„ 1/2 Flasche . . .	8 498	57 245
„ 1/2 Flasche . . .	26 831	152 291

Der Schokolade- und Kalaoverbrauch ist, wie die Zahlen zeigen, zurückgegangen. Im übrigen aber geht neben einer starken Zunahme des Biertrinkens eine beträchtliche Zunahme des Genusses der alkoholfreien Getränke her. Der Milchverbrauch war am größten in den Wintermonaten Oktober bis April.

Die Auswanderung über Hamburg hat im Jahre 1906 mit 173.483 Personen eine bisher unerreichte Höhe erlangt. In den letzten 10 Jahren wurden befördert:

Jahr	zusammen	Deutsche	Jahr	zusammen	Deutsche
1897	25 049	8 502	1902	123 555	17 654
1898	43 389	8 360	1903	144 560	20 238
1899	73 664	11 136	1904	132 712	17 650
1900	100 568	12 264	1905	148 375	16 422
1901	92 692	18 354	1906	173 483	20 057

Bei diesen Angaben der amtlichen Statistik erscheinen nach der „Frankf. Zig.“ die Zahlen der auswandernden Deutschen als viel zu hoch, da unter sie auch die Reisenden mitgerechnet werden, die im Jahre 1906 9100 betragen; wieweil 2136 Personen, die in die deutschen Kolonien Afrika überfuhren, können ebenfalls nur in bestmögtem Sinne als Auswanderer betrachtet werden.

Selbsterkenntnis. Die „Deutsche Juristenzeitung“ schreibt in einem längeren Artikel unter anderem: „Das Richteramt wird so immer mehr eine Domäne der wohlhabenden Klassen. Das ist aber zu bedauern, denn gerade der Richterstand bedarf der Zuführung frischer Kräfte von unten herauf. Nur aus den unteren Volksschichten kann solche Versorgung kommen. Wenn die Richter nur aus den wohlhabenden Schichten kommen, so bildet sich eine gewisse Engstirnigkeit der Ansichten heraus, ein Ausbleiben der Verhältnisse der breiten Massen des Volkes zu vermissen. Damit laugen wohl teilweise die jetzt so häufigen Klagen über die Rechtsprechung zusammen, die dieser „Weltfremden“ zum Vorwurf werden. Je mehr sich der Richterstand aus allen Volksschichten zusammensetzt, desto besser wird seine Rechtsprechung, desto größer wird das Vertrauen des Volkes in die Rechtspflege sein.“ — In der Tat ist mit dieser Kritik der Nagel auf den Kopf getroffen.

Eine Ausstellung für soziale Fürsorge und Gesundheitspflege findet vom 16. März bis 22. März 1907 in den Gefängnissen des neuen Monbij. Theaters (Stoll) in Berlin statt.

Totenliste des Verbandes.

Wilhelm Stüber, Hamburg, † 17. Januar 1907 im Alter von 40 Jahren.	Bruno Heimer, Dresden, † 19. Januar 1907 im Alter von 32 Jahren.
H. Thiede, Charlottenburg, † 18. Januar 1907 im Alter von 39 Jahren.	Stephan Jürner, Fürth i. B., † 21. Januar 1907 im Alter von 37 Jahren.
Jakob Giek, Stuttgart, † 19. Januar 1907 im Alter von 62 Jahren.	Jons, Köln, † 22. Januar 1907 im Alter von 26 Jahren.

Gottfried Hahn, Magdeburg,
† 24. Januar 1907 im Alter von 62 Jahren.
Ghre ihrem Andenken!